

Expansion um jeden Preis

Studien zur Wintershall AG zwischen Krise und Krieg 1929–1945

von Manfred Grieger, Rainer Karlsch und Ingo Köhler

EXPANSION UM JEDEN PREIS

STUDIEN ZUR WINTERSHALL AG
ZWISCHEN KRISE UND KRIEG
1929–1945

von Manfred Grieger, Rainer Karlsch und Ingo Köhler

SOCIETÄTS
VERLAG



Alle Rechte vorbehalten: Societäts-Verlag
© 2020 Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Satz: Bruno Dorn, Societäts-Verlag
Umschlaggestaltung: Bruno Dorn, Societäts-Verlag
Umschlagabbildung: Bundesarchiv (101I-186-0166-02A) Russland,
Treibstoff-Nachschub
Druck und Verarbeitung: CPI books GmbH, Leck
Printed in EU
ISBN 978-3-95542-378-0

Besuchen Sie uns im Internet:
www.societaets-verlag.de

INHALT

Einleitung	9
Krisengewinner? Der Einstieg des Kalikonzerns in die Erdölwirtschaft 1929–1945	15
Einleitung	15
Aufstieg zum Branchenführer in der Kaliindustrie	16
Rostergs wirtschaftspolitische Ansichten	26
Der Einstieg ins Erdölgeschäft	37
Autarkie- und Rüstungsinvestitionen	53
Desaster beim Bau der Erdölraffinerie Lützkendorf	73
Kriegswirtschaft und Kriegsfolgen	79
Resümee	86
Zwischen Opportunismus und Pragmatismus. Die Verstrickung der Wintershall AG und ihrer Vorstände mit dem Nationalsozialismus	89
Die Ausgangslage: Die Wintershall AG in Zeiten des Umbruchs, 1929–1933	91
„Ein Mann unserer neuen Zeit“: August Rosterg und der Aufstieg des Nationalsozialismus	94
„Wer gut schmiert ...“: Anatomie einer pragmatischen Verstrickung im NS	105
Neue Ordnung, neue Geschäfte. Die Einbindung der Wintershall AG in das NS-Wirtschaftssystem, 1934–1937	120
Geschäfte mit der Verfolgung: Die „Arisierung“ des Petschek-Besitzes	130
Wintershall und die Feldzüge im besetzten Europa	140

Agenda und Agenten: August Rosterg und die Vorbereitung des Untergangs	155
Fazit	164

Betriebliche Sozialpolitik und Zwangsarbeit. Zwei Seiten der nationalsozialistischen „Betriebsgemeinschaft“ im Wintershall-Konzern	167
Kontinuität und Politisierung der Wintershall-„Betriebsgemeinschaft“	169
Verschärfte Repression im Zweiten Weltkrieg	195
Die rassistische Hierarchisierung der Arbeit	205
Das Werk Lützkendorf als Mikrokosmos des NS-Zwangsarbeitssystems	216
Ausblick	231
Die Autoren	234
Liste der Archive	236
Bildnachweis	237
Literaturverzeichnis	258

EINLEITUNG

Zu Beginn des Jahres 2019 beauftragte die Wintershall Holding GmbH ein Expertenteam der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. damit, die Geschichte ihres Unternehmens im Nationalsozialismus professionell zu analysieren und analysieren zu lassen. Gleich mehrere Motive veranlassten das Unternehmen, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen, sondern sich ihr aktiv zu stellen. Sicherlich bot das im Herbst 2019 anstehende 125-jährige Gründungsjubiläum des Kasseler Energiekonzerns einen passenden Anlass zurückzublicken und sich der eigenen Geschichte als wirkungs- und wandlungsvolle Zutat der historisch gewachsenen Identität des Unternehmens zu versichern. Dies galt umso mehr, da der Konzern nahezu zeitgleich eine Fusion mit der ebenso traditionsreichen deutschen DEA (Deutsche Erdöl AG) vollzog. Dieser Schritt der Wintershall DEA in eine gemeinsame Zukunft ließ auch ein neues Bewusstsein für die zurückliegenden Marksteine entstehen, die das Unternehmen auf seinem Weg von einem Kali-Gewerk zu einem heute in Europa führenden Erdgas- und Erdölproduzenten passiert hat.

Auf einer seiner ganz entscheidenden historischen Etappen begab sich das Unternehmen mit seinem langjährigen Generaldirektor August Rosterg geradewegs auf einen antidemokratischen Pfad und gehörte zu den frühen Sympathisanten und Unterstützern der NSDAP. Nicht nur während des Dritten Reiches, sondern auch noch lange in der Nachkriegszeit ließ das Unternehmen die gesellschaftliche Verantwortung vermissen, die sie gegenwärtig etwa als Mitinitiator der Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Aus-

grenzung“, die sich für gesellschaftliche Vielfalt und demokratische Werte einsetzt, an den Tag legt. So zählt der Wintershall-Konzern im Kontext der spätestens seit den 1990er Jahren einsetzenden Welle einer unternehmenshistorischen Aufarbeitung der Geschehnisse im Nationalsozialismus zu den Spätstartern. Allzulange wurde die eigene Verwicklung mit dem NS-Regime verschwiegen, verharmlost oder verdrängt.

Es brauchte nach dem Zweiten Weltkrieg fast 75 Jahre, bis sich das Unternehmen für eine historische Aufarbeitung öffnete, die sich jenseits vom allzu beliebten (oder beliebigen) Storytelling bewegt und nicht die schlichten Ziele des History Marketings auf den Marken- und Kommunikationskanälen in den Mittelpunkt rückt. Umso mehr ist zu begrüßen, dass der Wintershall-Konzern heute bereit ist, die eigene Rolle in der NS-Geschichte mit aller Konsequenz wahrzunehmen und die Arbeit der Autoren durch einen intensiven Austausch in internen Diskussionsrunden und öffentlichen Veranstaltungen unterstützt hat.

Der allzu langen Geduld folgte die Ungeduld. Aus dem Wunsch der Unternehmensleitung, möglichst rasch einen ersten Einblick in die Rolle der Wintershall AG im NS-Wirtschaftssystem zu erhalten, entstand in relativ kurzer Zeit dieser Band. In ihm legen die Historiker Rainer Karlsch, Ingo Köhler und Manfred Grieger in skizzenhaften Essays eine erste Gesamtschau der Geschichte des Kali- und Erdölkonzerns zwischen den späten 1920er Jahren und 1945 vor. Die Untersuchung fußt auf intensiven Recherchen historischen Quellenmaterials in zahlreichen staatlichen und privaten Archiven. Daneben wurde die einschlägige zeitgenössische und historisch-wissenschaftliche Literatur ausgewertet, die sich aus einer branchen- bzw. unternehmenshistorischen Perspektive mit den Aktionsfeldern und Partnerfirmen der Wintershall AG befassen. Insgesamt bleibt sicherlich zu konstatieren, dass die Materiallage in den wenigen zur Verfügung stehenden Monaten breit, aber sicherlich noch nicht in aller detailreichen Tiefe erfasst wurde. Als ein grundlegendes Problem erweist sich, dass nur äußerst wenige aussa-

gekräftigte Dokumente aus den Verwaltungs- und Vorstandsbüros des Wintershall-Konzerns greifbar sind. Ein Großteil des hauseigenen Schriftgutes ist bei den Bombenangriffen auf die Stadt Kassel verloren gegangen, bei der auch die Hauptverwaltung den Flammen zum Opfer fiel. Nur partiell können diese Überlieferungslücken durch Bestände der ehemaligen Wintershall-Werke in Thüringen und Sachsen-Anhalt geschlossen werden, die erst seit den 1990er Jahren in den dortigen Landesarchiven zur Verfügung stehen. Die disparate Aktenlage sollte dazu motivieren, im Nachgang zu dieser ersten Studie – mit etwas mehr Zeit – weitere Erkundungstouren durch nationale und internationale Archive zu starten. Der von der früheren Firmenleitung gerne genutzte Vorwand, man könne die eigene Geschichte nicht rekonstruieren, kann heute kein Argument mehr sein.

Inhaltlich umfasst dieser Band drei Essays, die unterschiedliche Aspekte der Konzerngeschichte im NS beleuchten und bereits partiell miteinander verknüpfen. Der Beitrag von Rainer Karlsch befasst sich mit dem ökonomischen Aufstieg der Wintershall AG seit den späten 1920er Jahren. Er skizziert den Wandel, den das Unternehmen im Rahmen einer strategischen Differenzierung ihrer Aktionsfelder von einem führenden Mitglied des deutschen Kali-Syndikats zu einem bis in die besetzten Gebiete Europas agierenden Mineralölkonzern werden ließ. Dabei wird die Einbindung des Unternehmens in das dirigistische Wirtschaftssystem, die Autarkie- und Kriegswirtschaft ebenso in den Mittelpunkt gerückt wie die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen seines omnipräsenten Direktors August Rosterg. Der Essay von Ingo Köhler greift diese akteursorientierte Perspektive auf und analysiert, wie sich August Rosterg in einem ambivalenten Vabanquespiel zwischen Nähe und Distanz im Beziehungsnetzwerk des NS-Regimes bewegte. Er sucht nach Motiven, Formen und Funktionen der persönlichen Verstrickung und zeigt, wie Rosterg und seine Geschäftspartner das Unternehmen auf der Grundlage eines pragmatischen Opportunismus aktiv in die Expansions-, „Arisierungs“- und Germanisierungsgeschäfte involvierte. Schließlich stellt die Studie von Manfred Grieger den Betriebsalltag

der Wintershall-Belegschaft in den Fokus. Hier werden der reibungslose Übergang der Betriebe in das NS-System und die ideologischen Verformungen der Arbeitsbeziehungen in der nationalsozialistischen „Betriebsgemeinschaft“ skizziert und bis hin zum skrupellosen Einsatz von Zwangsarbeitern verfolgt. Die Etablierung einer auf rassistischer Diskriminierung basierenden ethnischen Hierarchisierung der Arbeit gab einerseits den Unternehmensleitungen die Möglichkeit an die Hand, die schrumpfenden Belegschaften durch ausländische Zwangsarbeitergruppen aufzufüllen und die Produktion fortzusetzen. Andererseits empfanden viele deutsche Belegschaftsangehörige mit Ausnahme der kleinen Widerstandsgruppen die Unterschichtung eines ausländischen Subproletariats als sozialen Aufstieg, was deren Betriebs- und Regimeloyalität unterstützte.

Die Gliederung des Bandes orientiert sich an den wesentlichen Aktions- und Kontaktfeldern des Unternehmens mit dem NS-Regime, wie sie nach 1945 auch von den Alliierten erkannt und beschrieben wurden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges berief sich der Konzern gerne darauf, als Kaliproduzent weitaus weniger kriegswichtig gewesen zu sein als andere deutsche Unternehmen. Auch der Einstieg in die Erdölwirtschaft sei in den 1930er Jahren aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgt. Dass man durch eine Unterbeteiligung an der 1941 gegründeten Kontinentale Öl AG in die Expansions- und Raubpolitik eingebunden war, wurde unter dem Verweis auf die staatliche Kommandowirtschaft und die Lenkungsverantwortung des staatlichen Mehrheitseigners abgetan. Die unmittelbar nach Kriegsende verbreitete Legende vom regimefernen Unternehmen geriet allerdings früh ins Wanken. Insbesondere in den Spruchkammerverfahren gegen den am 13. November 1945 in Stockholm verstorbenen Generaldirektor August Rosterg traten enge Verstrickungen des Unternehmens mit dem NS-Regime zu Tage, die die Mär widerlegten. Zwar hatte Rosterg weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehört, jedoch war er noch drei Jahre nach sei-

nem Tod auf einer Liste von Kriegsverbrechern zu finden und wurde von den Alliierten der Vermögensverschleppung verdächtigt.¹

Was bewog die für die Entnazifizierung in Kassel zuständige Spruchkammer, im Januar 1949 Klage gegen Rosterg zu erheben und einen Antrag auf Einziehung von 20 Prozent seines Privatvermögens zu stellen?² Der Hauptvorwurf lautete, er hätte durch freiwillige Zuwendungen an die NSDAP und höchste Funktionäre, insbesondere den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, wesentlich zur Begründung, Stärkung und Erhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen. Die Verteidigung hielt der Anklage entgegen, dass Zahlungen der Wintershall AG an die NSADP erst nach 1933 unter Zwang geleistet worden seien. Rosterg wurde als unpolitischer Unternehmer charakterisiert, dem es allein ums Geschäft gegangen sei.³ Das Spruchkammerverfahren endete damit, dass die Klage fallengelassen wurde. Bis auf einen Fall endeten auch alle weiteren Verfahren gegen Vorstände bzw. Direktoren mit Freisprüchen. Damit schien es aus ihrer Sicht keinerlei Notwendigkeit zu geben, sich mit der jüngsten Geschichte auseinanderzusetzen. Im Gegenteil, es wurde die große Kontinuität hervorgehoben und Rosterg als Lenker des Konzerns weiterhin bewundert. Die frühe Unterstützung der NSDAP, die Beteiligung an Autarkie- und Aufrüstungsprojekten, die Gewinne aus „Arisierungen“, die Ausbeutung von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, all dies waren Themen, denen sich das Unternehmen jahrzehntelang nicht stellte, die aber jetzt einer neuerlichen, erstmals systematischen Untersuchung auf der Basis partiell neuer Quellen unterzogen werden. Unser herzlicher Dank gebührt Herrn Michael Sasse, Kommunikationschef der

1 Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), 520-22, Nr. 9591 (August Rosterg) Bl. 57, Hessisches Staatsministerium, Minister für politische Befreiung, 14.1.1948.

2 Vgl. ebd., Bl. 88f., Der öffentliche Kläger bei der Berufskammer Kassel erhebt Klage gegen Rosterg, 18.1.1949.

3 Vgl. ebd., Erklärung Karl Hartmann, Privatsekretär von Rosterg, 5.5.1947.

Wintershall Dea, der das Projekt initiiert hat, nachhaltig begleitet, unterstützt und vorangetrieben hat. Ein besonderer Dank gilt aufseiten der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte Andrea Schneider-Braunberger für die Koordination des historischen Projektes, Michael Bermejo-Wenzel für die unermüdliche und engagierte Aktenrecherche und Kai Balazs-Bartesch für die redaktionelle Bearbeitung des Bandes. Marvin Brendel hat als Unternehmenshistoriker der Wintershall AG viele Hinweise und Hilfestellungen gegeben.

KRISENGEWINNER? DER EINSTIEG DES KALIKONZERNS IN DIE ERDÖLWIRTSCHAFT 1929–1945

Rainer Karlsch (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin)

Einleitung

Im Frühjahr 1931 fasste der Vorstand der Wintershall AG den Beschluss zum Einstieg ins Erdölgeschäft. Damit wurde ein bereits begonnener Prozess zur Wandlung der Struktur des Kalikonzerns erheblich beschleunigt, der innerhalb weniger Jahre den Charakter der Wintershall AG auf Dauer verändern sollte. Der Hinwendung zum Erdöl folgten kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 Beschlüsse zur Aufnahme der Produktion von synthetischen Mineralölen, Leichtmetallen und hochkonzentrierter Salpetersäure sowie zur Beteiligung an Kohlegruben. Auch wurden für das Militär stillgelegte Kaliwerke für die Einrichtung von Munitionsanstalten zur Verfügung gestellt.

Zwar blieben die Gewinnung und Verarbeitung von Kalisalzen und ihren Nebenprodukten auch in den Jahren der Diktatur das wichtigste Geschäftsfeld des Konzerns, doch ihr Anteil am Gesamtumsatz, und mehr noch an den Gewinnen, sanken gegenüber den Anteilen der neuen Sparten. Dies wirft Fragen nach der Affinität zwischen den Zielen des nationalsozialistischen Regimes und denen der Wintershall AG auf. Geschah die Hinwendung zu den neuen Geschäftsfeldern, die stark von den Bedürfnissen des Regimes nach Stärkung der Binnennachfrage und bald auch des Militärs geprägt

waren, primär aus eigenem Antrieb, oder auf Druck des Staates? Wie kam es überhaupt dazu, dass ausgerechnet 1931, in einem nicht nur für die deutsche Wirtschaft, sondern die gesamte Weltwirtschaft außerordentlich kritischen Jahr, mit rasch steigender Arbeitslosigkeit, einer verheerenden Bankenkrise und Firmenzusammenbrüchen, die Wintershall AG einen tiefgreifenden Prozess des Konzernumbaus begann? Welche Rolle spielte dabei Generaldirektor August Rosterg, der den Konzern wie ein Patriarch leitete? Seit wann und aus welchen Gründen lehnte er, wie auch andere Kaliindustrielle, die Weimarer Republik ab? Wie kam es dazu, dass sich Unternehmer aus einer Branche, der es aufgrund ihrer Kartellstruktur immer noch besser ging als den meisten anderen Branchen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise (1929–1933), der NSDAP zuwandten, diese Partei finanziell unterstützten und deren Machtübernahme begrüßten? Welche Konsequenzen hatte dies letztendlich für das Unternehmen?

Um Antworten auf diese und andere Fragen zu finden, soll zunächst kurz auf den Aufstieg der Wintershall AG zum Branchenführer in der Kaliindustrie zurückgeblickt werden. Sodann erfolgt eine Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Ansichten Rostergs in der Endphase der Weimarer Republik. Im dritten Abschnitt werden die Hintergründe für den Einstieg der Wintershall AG ins Erdölgeschäft und im vierten die nach 1933 begonnenen Autarkie- und Rüstungsinvestitionen behandelt. Speziell untersucht wird das Desaster beim Bau der Erdölraffinerie Lützkendorf, da in diesem Projekt die Probleme des Konzerns im Zuge der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft kulminierten. Abschließend werden die Kriegsfolgen für die Wintershall AG analysiert.

Aufstieg zum Branchenführer in der Kaliindustrie

Ende April 1929 schlug der Vorstand der „Kali-Industrie AG“ dem Aufsichtsrat die Änderung des Namens der Gesellschaft in „Wintershall AG“ vor. In der Vergangenheit hatte es im Geschäftsver-

kehr mitunter Verwechslungen mit anderen Firmen gegeben.¹ Die Namensänderung erfolgte am 20. Juli 1929 durch Eintragung in das Handelsregister.² Damit knüpfte die Konzerngruppe an den einst für die Bohrgesellschaft geschaffenen und später für die Gewerkschaft übernommen Namen „Wintershall“ wieder an, der sich zu einem Qualitätsbegriff entwickelt hatte.

Zum Zeitpunkt der Namensänderung stand die Wintershall AG glänzend da. Der Konzern hatte sich im Konkurrenzkampf der Kaliproduzenten nicht nur behauptet, sondern war zum größten und leistungsfähigsten Unternehmen der Branche aufgestiegen. Eine solche Entwicklung war nur wenige Jahre zuvor keinesfalls absehbar gewesen. Es lohnt sich deshalb kurz auf die Umstände und Personen zurückzublicken, die den Aufstieg des Unternehmens ermöglichten und prägten.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg entstanden mit der Kaliwerke Salzdettfurth AG, der Gewerkschaft Burbach (ab 1928 Burbach Kaliwerke AG) und der Gewerkschaft Wintershall (ab 1921 Kali-Industrie AG) verschachtelte Konzerne, die das Geschehen in der Kaliindustrie fortan bestimmen sollten. Diese und noch eine Reihe weiterer Unternehmen schlossen sich 1888 freiwillig, und ab 1910 durch das Reichskaligesetz vorgegeben, zu einem Syndikat zusammen, um einen ruinösen Preiswettkampf zu vermeiden.³ Dennoch konnte der Gesamtabsatz mit den durch weitere Neuaufschlüsse geschaffenen Produktionskapazitäten nicht mithalten. Daher versuchten die Unternehmen ihre durch das Syndikat vorgegebenen Quoten zu steigern, indem sie neue Schächte anlegten, diese aber gar nicht in Betrieb nahmen. Es ging lediglich um den Erwerb von Beteiligungsziffern,

1 Vgl. Bundesarchiv (künftig BA) Berlin, R 8119F, Nr. 1966/1, Aufsichtsratssitzung der Kali-Industrie AG, 24.4.1929.

2 Vgl. *Chronik der Wintershall AG*, unveröffentlichtes Manuskript, Kassel 1981, 222.

3 Vgl. K + S Aktiengesellschaft (Hg.), *Wachstum erleben. Die Geschichte der K + S-Gruppe 1856-2006*, Kassel 2006, 33f.

die auf bestehende Werke verlagert werden konnten.⁴ Auf die Krise nach dem Ersten Weltkrieg und den Verlust des Weltkalimonopols reagierte der Staat nicht, wie von den Unternehmen befürchtet, mit einer Verstaatlichung der Branche, sondern im April 1919 mit dem Kaliwirtschaftsgesetz und einer Quoten- und Stilllegungsverordnung, die freiwillige Werksschließungen vorsah. Bis 1933 wurden auf diesem Weg 125 Schachtanlagen von insgesamt 229 stillgelegt. Nur noch 38 Schächte befanden sich 1928 in Betrieb, während 66 auf Reserve gehalten wurden.⁵

Der prägende Mann an der Spitze der Wintershall AG bzw. ihrer Vorläufer war der 1870 in Niedermassen (heute Unna, Westfalen) geborene August Rosterg. Aus einer kinderreichen Bergmannsfamilie stammend, besuchte er die Bergvorschule und Maschinenbauschule in Dortmund und die Bergschule in Bochum, und später die Bergakademie Clausthal. Nach einer ersten Anstellung als Steiger im Kalischacht Schüssel bei Salzgitter und als Betriebsführer des Kaliwerks Messinghausen (Sauerland) wechselte er 1898 zur Kali-Bohrergesellschaft Wintershall in Heringen/Werra. Als junger Mann hatte er als Betriebsführer mit Autoritätsproblemen zu kämpfen und entzog sich jeder Diskussion mit Untergebenen, indem er seine Anweisungen, Mahnungen und Rügen nur noch schriftlich gab. Diese Methode behielt er bei.⁶ Dank seines technischen Geschicks und wirtschaftlichen Sachverstands wurde er 1906 zum technischen Direktor und 1914 zum Generaldirektor des Kalibergwerks Heringen/Werra berufen. Als Generaldirektor für die Werke der Wintershall-Gruppe verfolge er einen aggressiven Konzentrations- und Rationalisierungskurs. Im Jahr 1921 gründete Rosterg mit der Dresdner Bank

⁴ Vgl. Hans-Heinz Emons, *Die Kaliindustrie. Geschichte eines deutschen Wirtschaftszweiges?* in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 6 (2001), 5-74, hier 19.

⁵ Vgl. Ebd., 23.

⁶ Vgl. Manfred Rasch, *Rosterg, August*, in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), 98-99; Patrick Bormann, *August Rosterg (1870-1945)*, in: Patrick Bormann/Judith Michel/Joachim Scholtyssek (Hrsg.), *Unternehmer in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2015, 161-175.

die „Kali-Industrie AG“, Kassel als Finanzierungs- und Holdinggesellschaft. 1926 übernahm Rosterg den Vorstandsvorsitz von Wintershall und sicherte sich die Mehrheit der Aktienanteile. Von vielen Zeitgenossen wurde er geschätzt und bewundert. Anderen galt er als Autokrat und skrupelloser Geschäftsmann. Im Januar 1931 schrieb der „Berliner Börsenkurier“ beispielsweise über die „Diktatur eines Einzelnen“ bei Wintershall, verhehlte aber nicht, dass Rosterg mit seinen wichtigsten Projekten bis dahin sehr erfolgreich gewesen war.⁷ Neben ihm kam im Vorstand von Wintershall noch Curt Beil, Gustav Römer und Otto Werthmann einige Bedeutung zu. Sie besaßen allerdings keine oder nur sehr wenige Wintershall-Aktien und unterstützten den Kurs des Generaldirektors in der Regel vorbehaltlos.



Abb. 1: Porträt August Rosterg (um 1920).

⁷ Berliner Börsenkurier (25.1.1931).

Nach dem Ersten Weltkrieg mussten sich die deutschen Kaliindustriellen mit der Frage auseinandersetzen, wie mit dem Verlust der elsässischen Werke umgegangen werden sollte, die an Frankreich gefallen waren. Arnold Rechberg, der frankophile Bruder des Textilunternehmers Fritz Rechberg - er hatte vor 1914 Wintershall Kuxe gekauft und war zeitweilig der größte Konkurrent Rostergs beim Kampf um die Vorherrschaft in der Wintershall-Gruppe - und Rosterg waren sich darüber einig, dass mit der französischen Kaliindustrie eine Verständigung erzielt werden müsse. Auch der Generaldirektor des deutschen Kalisyndikats August Diehn unterstützte diese Linie.⁸ Rosterg lehnte die bis Ende 1923 vorherrschende „Katastrophenpolitik“, die auf eine Beendigung der deutschen Reparationen zielte, und zum Anheizen der Inflation sowie zur Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen geführt hatte, ab: „Die bisherige Reparationspolitik ist in ihren Wirkungen destruktiv sowohl für Deutschland wie für Frankreich gewesen. Sie muss durch produktive Konstruktionen ersetzt werden, oder beide Länder und mit ihnen Europa sind dem Untergang geweiht.“⁹ Rechberg schrieb dazu an Rosterg: „Die Einigung mit den Franzosen führte zur Wertsteigerung bei Kali. Dass begreifen selbst die Dümmersten.“¹⁰ Während der Verhandlungen mit den französischen Kaliunternehmern wurde Rosterg von seinem ältesten Sohn Heinz und seiner Tochter Tea unterstützt. Beide dolmetschten, da ihr Vater die französische Sprache nicht beherrschte.¹¹ Die von Rosterg und Diehn vertretene Politik der Verständigung führte im Frühjahr zum deutsch-französischen Kaliabkommen von Lugano und Ende 1926 zur Unterzeichnung eines Grundsatzvertrages in Paris. De facto wurde damit ein deutsch-französisches Kali-

⁸ Vgl. BA Koblenz, Nachlass Arnold Rechberg, N 1049/58, Rechberg an Rosterg, 1.1.1925.

⁹ Vgl. Ebd., Rosterg an Arnold Rechberg, 19.5.1924.

¹⁰ Vgl. Ebd., Arnold Rechberg an Rosterg, 12.9.1924.

¹¹ Vgl. Ebd., Rosterg an französische Botschaft, 28.3.1925.